

Kleve, erstellt am: 19.09.2007
„Kibiz“ scheidet die Geister
VON LENA VERFÜRTH

(RP) Das Montessori-Kinderhaus hatte zur RP-moderierten Podiumsdiskussion über das neue Kinderbildungsgesetz geladen. Politiker, Erzieher und Eltern sprachen kontrovers über Finanzen, Stellen und die Qualität der Betreuung.

„Ich werde jedem Kindergarten belegen, dass er zukünftig mit Kibiz mehr Geld zur Verfügung haben wird als bisher.“ Davon ist Manfred Palmen, Parlamentarischer Staatssekretär (CDU), überzeugt. Die Kindergärten sind anderer Ansicht, und so wurde sehr kontrovers diskutiert bei der Podiumsdiskussion von Montessori-Kinderhaus und RP im Kolpinghaus Kleve.

Die Kindergärten befürchten, durch neue Finanzierungsstrukturen weniger Planungssicherheit zu haben, wie Barbara Geißler vom Paritätischen in ihrem Referat zeigte. So müsste zuerst am Personal gespart werden. Das würde nicht nur bedeuten, dass weniger Erzieherinnen fest eingestellt werden können, sondern auch, dass die Gruppengrößen steigen würden. Auf der Verdienenseite wären die Kindergärten nur, wenn viele Eltern ihre Kinder möglichst lange im Kindergarten ließen. Denn dann könnte der Kindergarten die höchste Pauschale für das Kind fordern. Doch die Kindertageseinrichtungen gehen nicht davon aus, dass sich viele Eltern die teure Maximalbetreuung leisten können.

„Es wäre also höchst ratsam, man suchte sich als Kindergarten potente Eltern“, formulierte es Jürgen Franken, beratender Geschäftsführer dreier Elterninitiativen, überspitzt. Elitekindergärten und eine Zwei-Klassen-Kinderbetreuung seien eine mögliche Folge. Auch die Eltern befürchten, dass durch die Planungsunsicherheiten der Kindergärten ihre Kinder schlechter versorgt würden. Zumal, so Psychologe Michael Bay, die soziale Entwicklung der Kinder beeinträchtigt werden könne, wenn sie durch Umstrukturierungen häufig den Wechsel der Erzieherin erlebten. Kindergärten erfüllten eine wichtige soziale Rolle und sollten nicht zu „Kinderaufbewahrungsanstalten“ degradiert werden.

Mehr Beitrag oder nicht?

Außerdem tragen die Eltern Sorge, dass eine Beitragserhöhung unausweichlich sein wird. Kleves Stadtkämmerer Willibrord Haas beschwichtigte. Er stellte die Behauptung auf, dass mit einer Erhöhung in den nächsten Jahren nicht zu rechnen sei.

Der von RP-Redakteur Matthias Grass moderierte Abend förderte noch weitere Unsicherheiten zutage. So stellten Eltern, besorgt, dass Kinder nicht ausreichend gefördert werden können, die Staffelfung in 25, 35 und 45 Stunden in Frage. Palmen hielt dagegen, dass die dreistufigen Betreuungszeiten zum Vorteil der Eltern konzipiert wurden. „So haben sie die Wahl und können den Aufenthalt auf ihren Bedarf und den des Kindes abstimmen.“ Zudem erfordere die demographische Entwicklung ein neues Gesetz. Nur so könne der Umgang mit den rapide sinkenden Kinderzahlen geregelt werden. Palmen führte an, dass gerade der im Kibiz festgelegte Ausbau der Betreuung von Kindern unter drei Jahren mögliche Kindergartenschließungen auffangen werde. Zudem könne man so die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erhöhen.